

05.07.2016

Niederschrift 002/2016

Ausschuss für Natur und Umwelt

am 06.06.2016 | Emscherquellhof | Schafstall | Quellenstraße 2 |
59439 Holzwickede

Beginn 16:00 Uhr

Ende 18:25 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Norbert Enters

Kreistagmitglieder SPD

Herr Martin Blom

Vertretung für Frau Manuela Werbinsky

Herr Jürgen Kerl

Frau Ingrid Kroll

Frau Simone Symma

Herr Uwe Zühlke

Sachkundige Bürger/innen SPD

Herr Heinrich Behrens

Herr Udo Häger

Kreistagmitglieder CDU

Herr Wilfried Feldmann

Vertreter für Herrn Jasperneite

Frau Claudia Gebhard

Herr Olaf Lauschner

Vertretung für Frau Elke Middendorf

Herr Carl Schulz-Gahmen

Sachkundige Bürger/innen CDU

Frau Bianca Dausend

Herr Hans-Heinrich Wortmann

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Sandra Heinrichsen

Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel

Sachkundige Bürger/innen GFL-Lünen / UWG-Selm

Herr Dr. Hubert Seier

Kreistagmitglieder FDP

Herr Dieter Albert

Verwaltung

Herr Dr. Detlef Timpe, Dezernent

Herr Ludwig Holzbeck, Fachbereichsleiter

Herr Andreas Schneider, Sachgebietsleiter

Frau Ingelore Klemp, Schriftführerin

Zuhörer/Gäste

Herr Jochen Bauer, Lippeverband Essen

Zuhörer im nichtöffentlichen Teil

Herr Peter Sowislo, sachkundiger Bürger

Herr Marco Morten Pufke, Geschäftsführer der CDU-Kreistagsfraktion

Herr Enters begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 25.06.2016 verschickt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Frau Drizisga im Namen der Emschergerossenschaft unter Bezugnahme auf die Historie die Einrichtung des Emscherquellhofes vor. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- | | | |
|------------------|--------|--|
| Punkt 1 | | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 2 | | Lippeumgestaltung vom Wehr Buddenburg bis Haus Dahl sowie vom Wehr Werne bis Wehr Beckinghausen;
Bericht von Herrn Bauer, Lippeverband |
| Punkt 3 | | Qualität des Bioabfalls / Wertstofftonne - Mengenerfassung und Fehlwürfe;
mündlicher Bericht |
| Punkt 4 | | Berichte zur Abfallgebührenabrechnung für 2015 und zur Abfallberatung |
| Punkt 5 | | Übergang der Nachsorgeverantwortung für die Zentraldeponie Fröndenberg von der AGR auf die GWA;
mündlicher Bericht |
| Punkt 6 | 058/16 | Fortsetzung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zum Ausgleichsflächenmanagement mit der Gemeinde Holzwickede |
| Punkt 7 | | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |
| Punkt 7.1 | 067/16 | Verwendung von Glyphosat und weiteren sogenannten Pflanzenschutzmitteln auf kreiseigenen Flächen;
Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 23.05.2016 |

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|----------------|--------|---------------------------------|
| Punkt 8 | 059/16 | Grundstücksverkauf in Nordbögge |
|----------------|--------|---------------------------------|

- Punkt 9** 061/16 Grundstücksverkauf in Bönen/Bramey-Lenningsen
- Punkt 10** 062/16 Grundstückstausch in Bönen/ Nordböge
- Punkt 11** 063/16 Grundstückstausch in Bönen/ Nordböge
- Punkt 12** Grunderwerb in Lünen zum Zwecke des Naturschutzes;
mündlicher Bericht zur Drucksache 017/16
- Punkt 13** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern liegen nicht vor.

Punkt 2 Lippeumgestaltung vom Wehr Buddenburg bis Haus Dahl sowie vom Wehr Werne bis Wehr Beckinghausen; Bericht von Herrn Bauer, Lippeverband

Erörterung

Herr Bauer erläutert an Hand einer Präsentation (siehe Anlage 1) die Umgestaltung der Lippe vom Wehr Buddenburg bis Haus Dahl sowie vom Wehr Werne bis zum Wehr Beckinghausen.

Frau Symma erachtet die Umgestaltungen der Lippe für absolut sinnvoll und betont die Wichtigkeit des Ausbauprogrammes nicht nur für die Auen im Bereich der Ökologie, sondern auch für den Bereich des Hochwasserschutzes. Da ihr der Zeitplan jedoch etwas weit gegriffen scheine, begründet Herr Bauer diesen ausführlich.

Herr Dr. Seier erkundigt sich in diesem Zusammenhang nach einer Wegebeziehung/Wegepflege. Herr Dr. Timpe betont, dass es sich hier nicht um einen Weg des Kreises handle, sichert aber zu, Herrn Dr. Seier weitergehend zu informieren.

Herr Schulz-Gahmen fragt in Bezug auf die aktuell prognostiziert sinkenden Grundwasserstände im nördlichen Bereich der Rieselfelder nach, ob das bereits mit der Landwirtschaft vor Ort besprochen worden sei. Herr Bauer verneint dies. Man habe mit der Bezirksregierung Arnsberg verabredet, sogenannte Naturschutzkonferenzen mit Vertretern der landschaftsplanerischen Seite sowie der Wasser- und Bodenschutzbehörden abzuhalten. Als Ergebnis habe man kommuniziert, dass nach aktuellem Planungsstand ab März jährlich eine Grundwasserabsenkung möglich sei.

Momentan plane man den Wasserspiegel der Lippe auf ein Niveau anzuheben, der zu möglichst wenigen Auswirkungen auf die Grundwasserstände führt. Es sei erklärtes Ziel, den Zustand in den Rieselfeldern nicht grundsätzlich zu verschlechtern.

Des Weiteren spricht Herr Schulz-Gahmen an, die Natur auch begehbar und besehbar zu machen. Er hoffe, dass das in engem Kontext mit den Zielen des Kreises Unna stehe, es nicht bei dem jetzigen Zustand zu belassen und dass man den ein oder anderen Punkt erhalte, um die Menschen an die Lippe heranzuführen. Das Konzept für die Rieselfelder, ergänzt Herr Bauer, sei im Prinzip eine Parallelplanung, die mit berücksichtigt werde und bezüglich des Lippezugangs sei es Aufgabe des Kreises Unna, diese Dinge auf den Weg zu bringen.

Herr Dr. Timpe erläutert, dass die NFG das Konzept „Naturerlebnis Lippeaue“ koordiniere, das in ein Gemeinschaftsprojekt übergehen werde, denn an der Realisierung seien die Städte Bergkamen, Lünen und Werne, Kreis Unna, Lippeverband, RVR, Umweltzentrum Westfalen, Ruhr Tourismus GmbH und der ADFC NRW e.V. beteiligt.

Punkt 3 Qualität des Bioabfalls / Wertstofftonne - Mengenerfassung und Fehlwürfe; mündlicher Bericht

Erörterung

Herr Schneider berichtet anhand einer Präsentation (siehe Anlage 2) über die Situation und Handlungsmöglichkeiten zur Qualität des eingesammelten Bioabfalls und der Wertstofftonne im Kreis Unna. Er betont eingangs, dass die Störstoffproblematik bei der Erfassung der Bioabfälle nicht neu sei und ein kreisweites Problem darstelle. Bereits in 2013 habe man dies in einer Dienstbesprechung thematisiert und bis zu 600 t Bioabfälle zu Hausmüll umdeklariert (Lünen, Bergkamen). Durch intensive Kontrollen und selektiven Einzug von Bioabfallgefäßen habe sich die Situation in Bergkamen deutlich verbessert. In Lünen sei auch eine vorübergehende Verbesserung durch Einsatz eines „Vorläufers“ von den Wirtschaftsbetrieben Lünen (WBL) bei der Sammlung und ggf. auch Nichtleerung fehlbefüllter Tonnen erreicht worden. Dort habe sich die Situation nach Einstellung der Kontrollen aber wieder deutlich verschlechtert. Nunmehr ergäben sich perspektivisch erneut erhebliche Probleme im Hinblick auf die Bioabfallqualität. Zum Einen habe dies mit stark steigenden und qualitätsabhängigen Preisen für die Siebreesteentsorgung zu tun, zum Anderen auch mit der bevorstehenden Verschärfung der zulässigen Mengenanteile von Kunststoff-Feinpartikeln im Kompost-Output durch die Änderung der Düngemittelverordnung. Da es aber keine günstige technische Möglichkeit gebe, den Bioabfall nach Anlieferung von den beschriebenen Störstoffen zu entfrachten und damit qualitativ zu verbessern, müsse dringend darauf hingewirkt werden, den Abfall möglichst sortenrein zu erfassen. Ab 2017 dürfe der max. zulässige Störstoffanteil an Kunststoffpartikeln im Fertigkompost konstant 0,1 Gewichtsprozent der Trockenmasse nicht überschreiten (bislang noch zulässig: 0,5 Gewichtsprozent für Gesamtstörstoffe), um den Kompost weiterhin vermarkten zu können. Die Qualitätsverschlechterungen führten inzwischen bereits zu Problemen in der Vermarktung des Fertigkompostes u. a. in der Landwirtschaft, obwohl der durchschnittliche Störstoffanteil im Output der Anlage derzeit im Mittel bei 0,2 Gewichtsprozent liege. Anfang des Jahres hätten Kreis und GWA diese Maßstäbe deshalb im Vorgriff auf die neuen Anforderungen an die lfd. Anlieferungen angelegt mit dem Ergebnis, dass in den ersten drei Monaten bereits mehr als 1000 t aus den Kommunen zu Restmüll hätten umdeklariert werden müssen. Da die insbesondere durch Fehlwürfe nachlassende Bioabfallqualität ein kreisweites Problem mit unterschiedlicher Ausprägung darstelle und die Umdeklarierung des Bioabfalls zu Restmüll wegen der höheren Entsorgungskosten auch negative Auswirkungen auf die Gebührenkalkulation habe, sollte zeitnah ein einheitliches Vorgehen mit den Kommunen zur Verbesserung der Abfallqualität verabredet werden.

Ein ähnliches Problem, so Herr Schneider weiter, zeige sich bei der Wertstofftonne. In den Jahren 2012/2013 sei die Wertstofftonne eingeführt und der Gelbe Sack abgeschafft worden, um auch die Nichtverpackungsabfälle für eine spätere Verwertung mit zu erfassen. Bis dahin wurden im Gelben Sack zwischen 33 und 35 kg/E/a gesammelt. Ca. 7 kg/E/a habe man an zusätzlicher Erfassungsmenge erwarten können.

Das Sammelergebnis würde dann max. etwa 42 kg ergeben; mit zusätzlichen Störstoffen max. 45 kg/E/a. Nach drei Jahren Wertstofftonne liege man in einzelnen Kommunen jedoch inzwischen bei Sammelergebnissen von 50 bis 70 kg/E/a. Das sei ein deutlicher Hinweis darauf, dass erhebliche Mengen Restmüll in der Wertstofftonne entsorgt würden. Offensichtlich wirke sich der zunehmende Missbrauch der Wertstofftonne zur Restmüllentsorgung wegen der Störstoffentsorgung kostensteigernd aus - nicht nur für das Duale System und den Inhaber des Leistungsvertrages - sondern auch mittelbar für die kommunal zu tragenden Kostenanteile. Deshalb seien auch hier Information und Kontrolle notwendig.

Vorlaufend sei auch von Herrn Dr. Timpe hierzu in der Bürgermeisterkonferenz am 16.03.2016 berichtet worden.

Im Ergebnis sei in der Dienstbesprechung mit den Kommunen am 17.03.2016 ein Mehrstuflensystem zur Qualitätsverbesserung verabredet worden.

Zunächst sollte die GWA durch eine breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit in den Medien auf die Problematik aufmerksam machen und die Bürger für die verbesserte Mülltrennung sensibilisieren. In einer zweiten Stufe solle es Kontrollen der Gefäße vor der Leerung mit ggf. Fehlbefüllungshinweisen und Nichtleerungen mit Aufforderungen zur Nachsortierung geben. In Einzelfällen werde das Gefäß eingezogen. Die genaue Ausgestaltung dieser Kontrollen sei nachfolgend zwischen Kreis / GWA und der jeweiligen Kommune abgestimmt worden. Auf die Kontrollen werde auch im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit deutlich hingewiesen. Die aus den Kontrollen resultierenden Kosten könnten aber auch in die Gebührenkalkulation eingestellt werden. Sie würden derzeit in einigen Kommunen schon durchgeführt. Erste Erfahrungen aus Unna hätten sowohl zu einer verbesserten Bioabfallzusammensetzung und bei der Wertstofftonne zu Gewichtsreduzierungen von 10 – 15 % geführt. Ziel sei es, bis zum Sommer in allen Kommunen die Informationskampagnen zu starten und Kontrollen zu etablieren. Diese sollten dann erst einmal intensiv und längerfristig auf einem niedrigeren Level fortgesetzt werden, um ab 2017 auch dauerhaft die Anforderungen an den Fertigkompost zu erreichen und in Bezug auf die Wertstofftonne die Störstoffquote deutlich zu senken.

Herr Wortmann erklärt, dass er als Vertreter der Landwirtschaft dem Vortrag nur beipflichten könne. Die Akzeptanz des Biokompostes in der Landwirtschaft habe extrem nachgelassen. Deswegen könne er nur empfehlen, noch mehr und intensivere Kontrollen durchzuführen.

Herr Kühnapfel führt aus, dass das Ergebnis eindeutig zeige, dass noch weitere Aufklärung der Öffentlichkeit erforderlich sei und begrüßt das jetzt einzuführende Sanktionssystem. Zur Problematik des Plastikmülls im Biokompost regt er an, mit dem Einzelhandel Gespräche darüber zu führen, keine Plastikverpackungen mehr anzubieten, wenn sie in den Anlagen nicht zu kompostieren seien. Stattdessen sollten kompostierbare Papiertüten angeboten werden.

Herr Dr. Seier erklärt, dass er auch zu der Verschärfung der Grenzwerte stehe. Nur so könne Akzeptanz gefunden werden. Des Weiteren spricht er die morgen im Umweltausschuss der Stadt Selm anstehende Satzungsänderung an. Das zuvor Berichtete könne er nachvollziehen; es finde sich aber nicht unbedingt in der Abfallsatzung der Stadt Selm wieder. Er fragt an, ob er das Protokoll der Dienstbesprechung mit den Kommunen vom 17.03.2016 erhalten könne. (**Anmerkung der Schriftführung:** Das Protokoll der Dienstbesprechung vom 17.03.2016 ist Herrn Dr. Seier am 07.06.2016 per Mail durch Herrn Schneider zugesandt worden.)

Herr Dr. Seier warnt vor dem Einzug der Tonne und gibt beispielhaft die Wertstofftonne an. Sie könne seiner Meinung nach nicht eingezogen werden, da sie im Kreis Unna einen Teil des dualen Systems darstelle. Der Bürger habe ein Anrecht auf die kostenlose Entsorgung, weil er diese über Lizenzgebühren bereits bezahlt habe. Dass die Wertstofftonne aus Kostengründen besonders zweckentfremdet werde, sei klar.

Neben der Öffentlichkeitsarbeit gebe es mittlerweile aber auch technische Möglichkeiten wie z.B. Detektionssysteme für die Bioabfallsammlung. Er regt an, wenn man das Problem der Bioabfallqualität langfristig lösen wolle, jeden Behälter zu kontrollieren. Dafür könnten auch solche Systeme hilfreich sein.

Punkt 4 Berichte zur Abfallgebührenabrechnung für 2015 und zur Abfallberatung

Erörterung

Herr Holzbeck erläutert anhand einer Präsentation (siehe Anlage 3) die Leitlinien und Instrumente der GWA-Abfallberatung und ergänzt diese um die neue Leitlinie „Problemorientierung“. Abschließend gibt Herr Holzbeck einen kurzen Ausblick und erklärt, dass man in diesem Jahr, in Abstimmung mit den Städten und Gemeinden, den Schwerpunkt auf die zuvor skizzierten Problembereiche legen werde. Zunächst werde man in den zehn Städten und Gemeinden die Bereiche mit Problemtonnen ermitteln, diese Wohnbereiche dann gezielt durch die Mitarbeiter der Abfallberatung aufsuchen und versuchen, die Leute konkret anzusprechen. Vielleicht gelinge es auch, beispielhaft gemeinsam mit ihnen die Tonne zu sortieren, um eine bessere Qualität des Bioabfalls und der Wertstofftonne zu erreichen.

Herr Holzbeck berichtet dann weiter über die Abfallmengen- und Abfallgebührenentwicklung im Jahr 2015. Die detaillierten Zahlen mit Erläuterungen sind dieser Niederschrift als Anlage 4 beigelegt.

Punkt 5 Übergang der Nachsorgeverantwortung für die Zentraldeponie Fröndenberg von der AGR auf die GWA; mündlicher Bericht

Erörterung

Herr Schneider berichtet anhand einer Präsentation zum Übergang der Nachsorgeverantwortung für die Zentraldeponie Fröndenberg von der AGR auf die GWA. Die Präsentation sowie seine weiteren Ausführungen sind dieser Niederschrift als Anlage 5 beigelegt.

Punkt 6 058/16 Fortsetzung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zum Ausgleichsflächenmanagement mit der Gemeinde Holzwickede

Herr Dr. Timpe erläutert kurz die Drucksache.

Herr Kühnapfel erinnert in diesem Zusammenhang an die mit der Stadt Kamen geschlossene Vereinbarung und seine Anregung zur Vorstellung der Flächen, um die es beim Ausgleichsflächenmanagement gehe. Er fragt an, wann das geschehe. Herr Holzbeck sichert zu, dass das noch in diesem Jahr erfolge.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag vorzuschlagen, den folgenden Beschluss zu fassen:
Der Landrat wird beauftragt, die als Anlage beigelegte „Vereinbarung zum Management von Ausgleichsmaßnahmen zwischen der Gemeinde Holzwickede und dem Kreis Unna“ abzuschließen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 7

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. PCB-Einleitung in die Lippe

Herr Holzbeck teilt zum Thema PCB-Einleitung in die Lippe mit, dass auf Wunsch des Ausschusses das Land nochmals angeschrieben worden sei. Eine entsprechende Antwort liege vor, die dieser Niederschrift als Anlage 6 beigelegt ist.

2. Anfrage von Herrn Kühnapfel zu Eingaben der Landschaftswacht in der letzten Sitzung

Man sei dem noch einmal nachgegangen. Es handle sich insbesondere um zwei Landschaftswächter, bei denen es hauptsächlich um Einwendungen gegangen sei, die nicht im Zuständigkeitsbereich des Kreises gelegen hätten. Der Kreis Unna sei nicht Träger der Bauleitplanung. Daher seien die jeweiligen Städte und Gemeinden für diese Einwendungen zuständig gewesen.

3. Nachfrage von Frau Symma zum aktuellen Stand zu Windenergieanlagen

Wie bereits berichtet, seien drei Windkraftanlagen im letzten Jahr bzw. Anfang dieses Jahres genehmigt worden, in Bergkamen vom Antragsteller Henters Wind GmbH, Stadtwerke Lünen und der RAG in Lünen-Brambauer, die auch rechtskräftig seien.

4. Deutsche Umwelthilfe „Service-Check“

Die DHU habe auch Schadstoffsammelstellen der GWA kontrolliert und als guten Verbraucherservice bewertet.

Herr Holzbeck weist noch einmal auf die Klimaschutzwoche hin. Die Einladung sei bereits erfolgt.

5. Anfrage von Herrn Dr. Seier zur Kreisstraße Zeche-Hermann-Wall in Selm

Herr Dr. Seier nimmt Bezug auf die Presseberichterstattung in den Ruhrnachrichten Selm. Südlich der neuen Umgehungsstraße befinde sich ein Feuchtbiotop. Die Regenereignisse in der vergangenen Woche hätten in der Umgebung einzelner Häuser an der Straße „Im Grünen Winkel“ zu Stauwasserproblemen geführt, mit der Folge einiger vollgelaufener Keller.

Er finde es nicht gut, wenn die Zuständigkeiten für dieses Feuchtbiotop über die Presse für die Bürger hin- und hergeschoben würden. Des Weiteren glaube er, dass dieses Problem bei dem Feuchtbiotop zukünftig häufiger auftreten werde, weil die Straße den Oberflächenwasserabfluss aus dem Feuchtbiotop zum nördlich der K 44n gelegenen Herbach bei Starkregenereignissen störe bzw. verhindere.

Herr Dr. Seier fragt an, ob der Kreis nochmals Stellung nehmen könne zu der Problematik und welche Maßnahmen der Kreis zukünftig bei derartigen Starkregenereignissen ergreifen werde, um mögliche Wasserschäden bei den Anwohnern zu verhindern.

Herr Dr. Timpe erklärt dazu, dass eine entsprechende Erörterung im Unterausschuss für Hoch- und Tiefbauangelegenheiten, der die K 44 n und die dazugehörigen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen betreue, erfolgen sollte. Da es hier um allgemeine haftungsrechtliche Fragen gehe, werde man in dem Gremium dazu Stellung nehmen.

6. Herr Enters merkt an, dass im letzten Jahr auf Antrag der Naturförderungsgesellschaft drei Personen für das Bundesverdienstkreuz für ihr Engagement im ehrenamtlichen Naturschutz vorgeschlagen worden seien. Diesen Vorschlägen sei das Bundespräsidialamt gefolgt. Am 22. und 24.06. werde Herrn Ackermann, Frau Devrient und Herrn Wohlgemuth jeweils das Bundesverdienstkreuz im Rahmen einer Feierstunde durch den Landrat überreicht.

Erörterung

Herr Enters erklärt unter Bezugnahme auf die heutige Presseberichterstattung, dass es auf EU-Ebene keine Entscheidung gegeben habe, weder zur langfristigen Verlängerung noch zu den eineinhalb Jahren.

Herr Dr. Timpe meldet zu den Punkten 1) und 2) des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Fehlanzeige. Der Bereich der Bauverwaltung, (Bauhof, Straßen, Wege), Schulverwaltung (Schulgrundstücke), Fachbereich 69 (Ökologiestation) sei befragt worden. Als Ergebnis sei festzuhalten, dass seit längerem Glyphosat oder alternative Mittel nicht mehr verwendet würden mit einer Einschränkung, dass noch keine Antwort der Gesellschaft vorliege, die im Rahmen des PPP-Modells für das Kreishaus und benachbarte Verwaltungsgebäude im Auftrag der PPKU die Außenflächen pflege. Wenn es gewünscht werde, könne das nachgemeldet werden. Sollte es dort anders gehandhabt werden, werde man das abstellen. Zu Punkt 3) des Antrages erklärt Herr Dr. Timpe, dass es Nutzungsbeschränkungen für Pflanzenschutzmittel in Pachtverträgen gebe. Insofern erübrige sich der Punkt 4). Der Punkt 5) wird mit „Nein“ beantwortet.

Frau Symma regt an, zu diesem wichtigen Thema Vertreter aus dem ökologischen und konventionellen Landbau sowie der Wasserwirtschaft in eine der nächsten Sitzungen einzuladen, um über die Verwendung von Glyphosat auf Flächen im Kreis und deren Auswirkungen zu berichten. Herr Dr. Timpe sichert zu, das entsprechend zu veranlassen (Landwirtschaftsverbände, Landwirtschaftskammer), um Informationen darüber zu erhalten, wie es um den Einsatz von Herbiziden im Kreisgebiet bestellt sei.

Anlagen

1. Präsentation „Lippeprogramm im Kreis Unna“; Bericht Herr Bauer
2. Präsentation „Qualität des Bioabfalls – Situation und Handlungsmöglichkeiten -; Bericht Herr Schneider
3. Präsentation „GWA-Abfallberatung - Leitlinien und Instrumente -; Bericht Herr Holzbeck
4. Abfallmengen- und Abfallgebührenentwicklung im Jahr 2015; Bericht Herr Holzbeck
5. Präsentation und Bericht zum Übergang der Nachsorgeverantwortung für die Zentraldeponie Fröndenberg; Bericht Herr Schneider
6. Antwortschreiben des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen vom 07.04.2016

gez. Ingelore Klemp
Schriftführerin

ges. Norbert Enters
Vorsitzender